

#PRESSEMITTEILUNG 08. Februar 2017

EVG fordert: Gesetz gegen gewalttätige Attacken auch auf Beschäftigte bei Bahn und Bus ausdehnen

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft begrüßt den Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas, wonach Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte besser gegen gewalttätige Attacken geschützt werden sollen.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft begrüßt den Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas, wonach Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte besser gegen gewalttätige Attacken geschützt werden sollen.

„Dieser Schutz sollte nach unserer Auffassung auf alle ausgedehnt werden, die in der Daseinsfürsorge tätig sind und Uniform oder Dienstkleidung tragen - also auch auf die Mitarbeiter von Verkehrsunternehmen“, forderte der stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen werden häufig Opfer von Übergriffen und persönlichen Attacken, weil Uniform oder Dienstkleidung auf so manchen Reisenden wie ein rotes Tuch wirken. Da haben wir die gleichen Probleme wie die Polizei“, machte der EVG-Vize deutlich.

Das von dem Gesetzentwurf ausgehende Signal, dass Gewalt nicht hingenommen werde, helfe bei der Strafverfolgung. „Viele unserer Kolleginnen und Kollegen, die Opfer von Gewalt wurden, sind frustriert, weil ihre Angreifer oft nicht im erforderlichen Maße zur Rechenschaft gezogen werden“, kritisierte Hommel. Der „Bagatellisierung“ von Übergriffen könnte durch ein entsprechendes Gesetz ein Riegel vorgeschoben werden.